

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Dank an den scheidenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker spricht die SPD durch ihren Vorsitzenden **Rudolf Scharping** aus. Seite 1

Eine lange Kette verhängnisvoller Fehler der Regierung Kohl in den vier Jahren seit Beginn der Währungsunion, stellt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Hans-Ulrich Klose** fest. Seite 2

Nach über zwanzig Jahren verläßt er den deutschen Bundestag. Gedanken zum Abschied von **Dr. Hans-Jochen Vogel**. Seite 3

Provoziert durch eine Kampagne gegen **Heldemarie Wleczyrek-Zeul** fühlt sich die ehemalige Europaabgeordnete **Katharina Focke**. Seite 5

Die CDU mit ihrer Volksfrontvergangenheit sollte den Mund nicht so voll nehmen, rät **Christian G. Müller MdB**. Seite 5

Der Bundesumweltminister ist beim Schutz des Bodens gescheitert, klagen **Dr. Axel Wernitz MdB** und **Michael Müller MdB**. Seite 6

49. Jahrgang / 123

30. Juni 1994

### Dank an Richard von Weizsäcker Orientierung gegeben in schwieriger Umbruchzeit

**Von Rudolf Scharping**  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

\*Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und persönlich möchte ich Ihnen heute danken für die Art und Weise, in der Sie in den vergangenen zehn Jahren das Amt des Bundespräsidenten wahrgenommen haben. Es waren zehn Jahre in einem Amt, das keine Macht verleiht, aber die Chance bietet, Einfluß auszuüben kraft eigener Persönlichkeit. Sie haben diese Chance vorbildlich genutzt.

Sie haben einmal gesagt: "Mit Pflicht und Disziplin und Ordnung allein geht es nicht. Sie sind in der Tat Sekundärtugenden, bezogen auf das Primäre, auf die Werte und Ziele des Zusammenlebens, die am knappsten und klarsten auch auf preußischem Boden formuliert worden sind: auf die Ethik des kategorischen Imperativs. Zu dieser Ethik gehört es, sich so zu verhalten, wie man sich auch das Verhalten seiner Mitmenschen wünscht. Das schließt die Bereitschaft ein, sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen und das Gemeinwesen nicht zu überfordern, sondern verantwortlich in ihm mitzuarbeiten."

Ich glaube, aus dieser inneren Haltung heraus ist Ihnen Ihre Glaubwürdigkeit erwachsen - eine Glaubwürdigkeit, die Sie in unserem Land zu einer Integrationsfigur für alle hat werden lassen. Durch Ihre Persönlichkeit, die sich in Ihren Reden immer wieder ausdrückte, haben Sie vielen Bürgerinnen und Bürgern Orientierung in schwierigen Umbruchzeiten gegeben. Nur beispielhaft erinnere ich an Ihre große Rede zum 8. Mai 1985, in der Sie Erinnerung an die eigene Geschichte als unbedingte Voraussetzung für Versöhnung anmahnten. Unvergessen sind auch Ihre klaren Worte zur Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze in ihrer Weihnachtsansprache 1989.

In den Umbruchzeiten, die darauf folgten, als der Kommunismus scheiterte und die Einheit Deutschlands sich abzeichnen begann, haben sie bei unseren Nachbarn unermüdlich um Vertrauen für ein neues Deutschland in einem vereinten Europa geworben.

Auf die Kraft des Wortes vertrauend, haben Sie angesichts wachsender rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Ausschreitungen immer wieder Zivilcourage der Demokraten angemahnt und die Täter verurteilt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich: Rudolf Schwinn  
Redaktion: Pöcher



Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch Ihre Kritik an Parteien und Politikern, die eine breite Diskussion über die politische Kultur in unserem Land entfacht hatte. Wo der Ort des Politischen künftig sein könnte, darüber hat es sich zu streiten gelohnt. Jeder Politiker ist heute gefragt, wo sein eigener Standort ist und wie er sich das künftige Deutschland im vereinten Europa vorstellt. Wenn Politik den Grundsatz beherzigt, radikal vom einzelnen Menschen her zu denken, von der Gleichheit der Chance jedes einzelnen Menschen ausgeht, wird sie auch fähig sein, auf Impulse aus der Gesellschaft zu achten und aufzunehmen.

Ich wünsche Ihnen, sehr verehrter Herr von Weizsäcker, persönliches Glück und Gesundheit für die kommenden Jahre.

Ihr Rudolf Scharping\*

(-/30. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Vier Jahre Währungsunion - Vier Jahre Aufbau Ost? Die lange Kette verhängnisvoller Fehler der Regierung Kohl**

**Von Hans-Ulrich Klose MdB \***  
**Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

1. Vier Jahre nach Beginn der Währungsunion am 1.7.1990 können die Menschen in den neuen Bundesländern stolz sein auf das, was sie seitdem geleistet und erreicht haben. Beherzt haben sie damals die Chance ergriffen, die aus der Herstellung des gemeinsamen Währungsraumes erwuchs. Und sie haben diese Chance auch nicht preisgegeben, als sich herausstellte, welche Schwierigkeiten sich vor ihnen auftürmen. Es ist bis heute ein schwieriger Prozeß geblieben, den die Menschen in den neuen Bundesländern durchleben: Ihnen werden Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse wie sonst keinem in Deutschland zugemutet; vieles, was ihnen Vertrauen und Sicherheit gegeben hat, selbst wenn es schlecht oder unzulänglich gewesen ist, wird ihnen von heute auf morgen genommen; und die Menschen haben nicht immer den Eindruck, daß man sich um sie kümmert. Wo Zuwendung fehlt, fühlt man sich in der Not selbst dann allein gelassen, wenn materielle Hilfe durchaus existiert.

An solchen Schwierigkeiten kann Optimismus schon brechen. Die Menschen in den neuen Bundesländern sind optimistisch/zuersichtlich - das ist mein fester Eindruck -, aber wenn auf Dauer die Zuversicht nicht durch Taten, durch Vorzeigbares genährt werden kann, kehrt Verdrossenheit ein. Dagegen hilft keine Schelte, dagegen hilft nur: bessere Politik!

2. Vier Jahre nach Einführung der gemeinsamen Währung müssen wir feststellen: Das Land ist schlecht regiert worden, wir könnten bedeutend weiter sein! Aus der langen Kette verhängnisvoller Fehler und Versäumnisse der Regierung Kohl will ich hier nur drei nennen:
  - a) Die allein auf Privatisierung ausgerichtete Treuhand-Politik hat sanierungsfähige Betriebe und damit sanierungsfähige Arbeitsplätze endgültig ruiniert und zugleich einen Schuldenberg aufgehäuft, der noch das Leben unserer Kinder und Kindes-Kinder überschatten wird.
  - b) Der Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" bei den offenen Vermögensfragen hat dazu geführt, daß nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelstages bis zu 300 Milliarden DM, die eigentlich hätten investiert werden sollen, nicht investiert wurden.
  - c) Das Unterlassen einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik, das blinde ideologische Vertrauen, daß der Markt es schon richten würde, haben zu weiterer Arbeitslosigkeit und zu einer ungerechten Umverteilungspolitik zu Lasten der kleinen Leute geführt, das soziale Klima belastet und unser gemeinsames Zusammenleben erschwert.

Diese Konstruktions- und Durchführungsfehler der deutschen Einheit wiegen schwer und wirken lange fort. Sie sind die Erblast der Regierung Kohl für das wiedervereinigte Deutschland.

3. Die Menschen in den neuen Bundesländern können und wollen arbeiten, - das möchten sie alle beweisen; sie sind gut ausgebildet und gut motiviert. Was sie brauchen, ist eine Politik, die ihnen heute sicheren Boden unter den Füßen und für die Zukunft eine Lebensperspektive gibt. Wir sind davon überzeugt, daß das gemeinsam gepackt werden kann, daß wir im Osten das moderne Deutschland schaffen könne. Allerdings nicht mit einer Politik des Nichtstuns und Abwartens, die viel ankündigt, aber wenig hält, die viele Emotionen weckt, aber wenig Taten bietet: sondern mit einer aktiven, vorausschauenden und berechenbaren Wirtschafts-, Struktur- und Industriepolitik. Für diesen Politikwechsel ist es höchste Zeit.

4. Wir sind heute hier in Berlin zur Debatte des Deutschen Bundestages über die Verfassungsreform. Deshalb ist es angemessen, auf den Zusammenhang zu verweisen zwischen den Fehlern und Versäumnissen der Regierung Kohl in der Einheitspolitik und der Position der CDU/CSU in dieser Verfassungsdebatte: Es ist die arrogante, manchmal schäbige, jedenfalls durchweg hochnäsige Behandlung der Menschen in den neuen Bundesländern. Wir Sozialdemokraten haben uns zu lernen bemüht, warum alle neuen Bundesländer konkrete Staatsziele und Formen der unmittelbaren Bürgerbeteiligung in ihre Verfassungen aufgenommen haben. Die Union verweigert sich solchen Überlegungen. Damit wird einmal mehr eine Chance verpaßt, den Menschen in den neuen Ländern zu zeigen: wir nehmen Euch ernst, wir beziehen euch ein, wir sind ein Volk.

\* Erklärung im Berliner Reichstag

(-/30. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Gedanken zum Abschied**

**Nach über zwanzig Jahren verläßt Dr. Hans-Jochen Vogel den Deutschen Bundestag**

**Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB \***

Wie Sie wissen, endet meine Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag im Herbst dieses Jahres. Meine gegenwärtige Rede ist deshalb voraussichtlich meine letzte Parlamentsrede nach über 20 Jahren, in denen ich unserem Gemeinwesen und in seinem Rahmen meiner politischen Gemeinschaft - der deutschen Sozialdemokratie - auf Bundesebene in unterschiedlichen Funktionen gedient habe - darunter jeweils acht Jahre als Bundesminister und als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Ich leite daraus keine besonderen Erwartungen oder gar Ansprüche ab. Ich kenne meine Grenzen. Und der von Papst Johannes XXIII. überlieferte Anspruch, man solle sich nicht so wichtig nehmen, ist mir mit zunehmendem Alter immer sympathischer und einleuchtender geworden. Dennoch möchte ich - so wie andere das auch getan haben - zum Abschied ein paar allgemeinere Gedanken äußern, die mich in diesem Augenblick bewegen.

Mich bewegt zunächst und vor allem ein Gefühl der Dankbarkeit. Der Dankbarkeit gegenüber dem Schicksal - oder wie ich persönlich sagen möchte, dem Herrgott - dafür, daß unser Volk nach alledem, was in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft von Deutschland an Schrecklichem seinen Ausgang genommen hat und dann schrecklich auf uns zurückschlug, wieder einen geachteten Platz in der Völkergemeinschaft eingenommen und von neuem seine Einheit gefunden hat - und das ohne alles Blutvergießen. Natürlich haben große und letzten Endes gemeinsame Anstrengungen über die Jahrzehnte hin dazu wesentlich beigetragen. Für jemanden, der wie ich 1945 das Kriegsende als junger Mann in der Kriegsgefangenschaft erlebt hat, grenzt aus der damaligen Sicht indes allein schon die Tatsache, daß ich das hier in Berlin und im ehemaligen Reichstagsgebäude sagen kann, noch immer an ein Wunder. Es wäre gut, wenn dieses Grundgefühl auch denen von Zeit zu Zeit nähergebracht würde, die erst nach 1945 geboren wurden. Manches erschiene dann weniger selbstverständlich, und mancher würde dann wohl nicht so vollmundig und weniger selbstgerecht auftreten. Und vielleicht würde es dann auch deutlicher, daß die Sorgen und Nöte anderer Völker die unseren, die ich wahrlich nicht bagatellisiere, bei weitem übertreffen.

Dankbarkeit empfinde ich auch ganz persönlich. Nämlich dafür, daß mir zunächst meine Partei, die deutsche Sozialdemokratie, und auf ihren Vorschlag sodann unser Gemeinwesen ein Leben lang mitunter schwierige und auch unbequeme, aber stets sinnvolle und notwendige Aufgaben übertragen hat. Erst in München, dann in Bonn, später in Berlin und dann wieder in Bonn konnte ich so mit-helfen, unsere gesellschaftliche Wirklichkeit freier, gerechter und solidarischer zu gestalten und unsere Grundordnung, wo das notwendig war, zu bewahren und zu verteidigen. Und daß ich meiner Partei helfen konnte, in schwierigen Situationen wieder Tritt zu fassen. Das mag dazu beigetragen haben, daß nicht wenige Mitmenschen etwas erträglicher und erfüllter leben konnten, als es sonst möglich gewesen wäre. Das klingt nicht sehr eindrucksvoll. Aber es ist ehrlich und es ist genug, um mit sich selbst einigermaßen im Reinen zu sein.

Eine Sorge allerdings bedrängt mich. Die Sorge nämlich, daß auch ich die Verpflichtung nicht ernst genug genommen habe, die sich aus dem Guten ergibt, das unserem Volk widerfahren ist. Und das ist eine doppelte Verpflichtung. Die eine nach außen: Die Verpflichtung, den Völkern zu helfen, die im Elend leben und die unserer Unterstützung nicht erst dann benötigen, wenn es um militärisches Ein-

greifen geht, oder sonst der Scheinwerfer internationalen Medieninteresses auf sie fällt, sondern schon lange zuvor. Die andere nach Innen; die Verpflichtung, mehr zu tun für diejenigen, die in unserer Mitte auf der Schattenseite leben. Als Arbeitslose, als Sozialhilfeempfänger oder als sonst Benachteiligte. Zu leicht erliegen wir der Versuchung, angesichts des Wohlergehens einer Mehrheit die Bedrängnis einer Minderheit zu übersehen, eine Bedrängnis, die da und dort die Grenze zur Verzweiflung überschreitet und die Selbstachtung beschädigt. Und das gilt auch für viele unserer Landsteute in den neuen Bundesländern, die der Transformationsprozeß in existentieller Weise überfordert. Eine zweite Sorge will ich nur andeuten: Nämlich die, daß wir die Augen davor verschließen, wie sehr wir unsere Lebensweise schon in naher Zeit ändern müssen, wenn unser Planet überleben soll.

Dann bewegen mich zwei Bitten, die ich bei dieser Gelegenheit an sie richten will.

Einmal die Bitte, bei aller Notwendigkeit streitiger Auseinandersetzungen und zugespitzter Aussagen - und daran habe ich es ja selbst auch nicht fehlen lassen - den Grundkonsens zu bewahren und die Möglichkeit im Auge zu behalten, daß der jeweils andere Recht und man selbst Unrecht haben könnte. Es stünde uns auch gut an, Ausführungen von Mitgliedern anderer Fraktionen nicht im Zweifel mit Ablehnung oder dem Ausdruck - meist ist es schon der Gesichtsausdruck - unerschütterlicher Selbstgerechtigkeit entgegenzunehmen. Und das sage ich in alle Richtungen.

Damit steht etwas anderes im Zusammenhang, meine Überzeugung nämlich, daß unsere Gesellschaft neben der Orientierung an den Grundwerten der Menschenwürde, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität auch eines Mindestmaßes an althergebrachten Tugenden bedarf. Also beispielsweise der Zuverlässigkeit, der Ehrlichkeit, des Fleißes, der Sparsamkeit und der sauberen Unterscheidung zwischen öffentlichem Amt und privatem Interesse. Zu Unrecht sind diese Tugenden in der Vergangenheit hier und da als Sekundärtugenden bespöttelt worden. Gerade als Bayer füge ich hinzu: Nicht alle preußischen Traditionen waren schlecht.

Die andere Bitte ist die, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg im Kampf gegen den Rechtsextremismus zusammenzuwirken. Mich braucht man nicht über die Gefährlichkeit des Linksextremismus zu belehren. Die Terroranschläge in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stehen mir als damaligem Justizminister stets vor Augen. Aber heute droht die Gefahr vor allem und in erster Linie von rechts. Und diese Gefahr ist nicht schon deshalb überwunden, weil die Wahlergebnisse der einschlägigen Parteien in jüngster Zeit rückläufig sind. Nein: Diese Gefahr ist nach wie vor relevant und ihr gilt es mit aller Entschiedenheit zu widerstehen. Und das nicht nur und nicht einmal in erster Linie, weil die rechtsextremistischen Gewalttaten auf unseren Straßen, die Brandanschläge, Morde und Menschenjagden dem Deutschlandbild im Ausland schaden - das ist schlimm genug -, sondern weil sie die Fundamente unseres friedlichen Zusammenlebens in Frage stellen und den Eindruck erwecken, hier sollen auf's neue Minderheiten, insbesondere die in unserer Mitte lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger, ausgegrenzt und verteufelt und zum Gegenstand des Hasses gemacht werden. Hier würde neuerdings einem Freund/Feinddenken und der Gewalt als Mittel der Politik das Wort geredet.

Mir bleibt übrig, mich bei denen zu entschuldigen, die ich in diesem Hause im Laufe der Jahre gekränkt habe. Und denen zu danken, die mir in dieser Zeit in und außerhalb der eigenen Fraktion und des Parlamentes Weggefährten und kritische Begleiter - da denke ich insbesondere an die Medien - waren. Daß ich dabei mit zwei Ausnahmen keine Namen nenne, bitte ich mir nachzusehen. Sie alle kennen die Situation, daß man bei solchen Gelegenheiten mit jeder namentlichen Erwähnung mindestens zwei Nichterwähnte verletzt, die das ebenso erwarten durften. Die Ausnahmen sind Willy Brandt, Herbert Wehner, weil sie schon von uns gegangen sind und weil jeder von ihnen in seiner Weise und zu seiner Zeit für mein politisches Engagement und meine politische Arbeit besonders wichtig war. Willy Brandt und Herbert Wehner nenne ich dabei übrigens ganz bewußt in einem Atemzug.

Denen von Ihnen, die auch dem nächsten Bundestag angehören, wünsche ich Geduld und Kraft im immer neuen Ringen um die beste Lösung. Meinen politischen Freundinnen und Freunden wünsche ich darüber hinaus, daß Sie im neuen Bundestag möglichst zahlreich vertreten sind. Sie werden verstehen, daß ich in diesem Punkt differenziere. Allen aber wünsche ich, daß sie dem gerecht werden können, was Adolf Arndt, einer der großen Parlamentarier der Nachkriegszeit, so ausgedrückt hat.

"Die Wahrheit seiner Antwort kann kein Politiker verbürgen, wohl aber die Wahrhaftigkeit des Fragens und des immer neuen Bemühens."

\* Rede vor dem Deutschen Bundestag im Reichstag zu Berlin

### Ich fühle mich provoziert

Eine EU-Kommissarin Wieczorek-Zeul wäre ein Glücksfall

Von Dr. Katharina Focke

Jetzt fühle ich mich provoziert, auch etwas zu sagen. Zur Person von Heidi Wieczorek-Zeul, gegen die eine Art Kampagne ausgebrochen zu sein scheint. In "Bild am Sonntag" lese ich, daß sie angeblich nicht geeignet sei, Kommissarin der Europäischen Union in Brüssel zu werden. Das geht entschieden zu weit.

Tatsache ist, daß sie für dieses Amt ganz besonders geschaffen ist. Ich weiß wovon ich rede. Ich habe sie von 1979 an bis zu ihrem Wechsel in den Deutschen Bundestag 1987 im Europäischen Parlament erlebt, wo sie zu den beachtetsten Kollegen gehörte, nicht nur im Parlament selbst, sondern auch bei der Kommission, den Verbänden, den Medien. Sie war konzeptionell stark, kenntnisreich im Detail, klar in ihren Positionen, vermittlungsfähig, lernte mehrere Sprachen, war sensibel für andere Mentalitäten, hatte Augenmaß und Stehvermögen und fand für notwendige Kompromisse deshalb hohe gemeinsame Nenner.

Im Bundestag brachte sie dann ein, was dort wahrlich nicht im Überfluß vorhanden ist: Europapolitisches Engagement, Kenntnis der Verflechtung von nationaler und europäischer Politik und wirkliche Expertise. Als europapolitische Sprecherin ihrer Fraktion hat sie sich dort ebenso hervorgetan wie vorher im Europäischen Parlament. Sie verdient es, in einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hohe politische Verantwortung zu übernehmen. Und diese Frau soll als Kommissarin nicht geeignet sein? Wer dann bitte? Es wäre ein Glücksfall, wenn ein deutscher Kommissionssitz so besetzt würde. Und daß es dann auch mal "unsere Frau" in Brüssel" und nicht immer nur "unser Mann" wäre, träge dazu bei.

(-/30. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### Sachsen-Anhalt: Mal was "Neues" in der Politik?

Die CDU mit ihrer Volksfront-Vergangenheit sollte den Mund weniger voll nehmen

Von Christian G. Müller MdB

Große Aufregung in Bonn: Der am Sonntag abgewählte CDU-Ministerpräsident Bergner soll nicht weitermachen dürfen. Seine Fraktion ist doch um eine Stimme stärker als die der SPD. Das gibt doch ein Anrecht auf's "Weiter so", nicht wahr? Und wilfährige Journalisten rufen die Volksfront aus.

Was ist nun bei den Wahlen passiert?

1. Bergners Regierung hat fast 15 Prozent der Stimmen verloren und seine frühere Mehrheit der Mandate ist auf ein Drittel der Sitze geschrumpft.
2. Die Wahlbeteiligung lag bei 55 Prozent. Für 45 Prozent der Wähler ist das von den Besser-Verdiene-Wessis, Bergners Amtsvorgängern und Kabinettsmitgliedern aus CDU und FDP, abgewirtschaftete Ansehen unserer Demokratie mit Enthaltung quittiert worden. Nimmt man die Wähler der PDS dazu, dann sind die vom westlichen Parteiensystem Enttäuschten eine satte Mehrheit der Wahlberechtigten.
3. Ungefähr 60 Prozent der abgegebenen Stimmen zählten gegen die CDU: SPD plus Bündnis 90/Die Grünen liegen allein zusammen bei 40 Prozent, die PDS bei fast 20 Prozent.
4. Den am Wahlabend bekanntgemachten Umfrageergebnissen zufolge wollte eine relative Mehrheit der Wähler eine rot-grüne Koalition, die "große" Koalition wollten nicht einmal die Anhänger der CDU, sie hatte die wenigsten Befürworter.

Wie soll man also dem Wählerwillen gerecht werden? Durch "Weiter so" mit Bergner?

Vergessen wir nicht: Bergner sitzt einer Partei vor, die noch vor fünf Jahren "Volksfront-Partei" war, die Block-CDU gehörte zur SED wie das Amen zu der Kirche.

Bundespräsident von Weizsäcker warnt uns davor, die Wähler der PDS "auszugrenzen". Wie soll man diese Forderung des Staatsoberhauptes erfüllen, wenn man Bergner in einer großen Koalition im Amt hielte, um dann zusehen zu müssen, wie der Anteil der Unzufriedenen noch weiter stiege?

Der designierte Bundespräsident Herzog mahnt, "unverkrampt und ohne gefletschte Zähne" Politik zu machen. Dazu gehört, daß man auch mal was Neues probieren darf, um dem Wählerwillen nahe-zukommen.

Eine Minderheitsregierung, die den Wählerwünschen am nächsten kommt, kann dafür durchaus ein vernünftiger Ansatz sein. In Skandinaviens politischer Kultur sind "Minderheitsregierungen" über Jahre tätig gewesen, in Dänemark und Norwegen habe sie das Wohl des Landes im Auge gehabt, wie auch ihre wohlwöbliche Opposition.

Muß in Ostdeutschland nun unbedingt nach West-Muster in Sachsen Parteiendemokratie verfahren werden? Muß des Kanzlers Wahlverein CDU gegen den erklärten Wählerwillen an der Macht bleiben? Immerhin könnte die CDU, anstatt auf Blockadekurs zu gehen, wenn sie den Ministerpräsidenten nicht stellt, demokratische Gesinnung zeigen und eine zur Zusammenarbeit fähige Opposition sein.

Andernfalls bliebe festzustellen, daß sie sich von ihrer Niederlage genauso davonestiehlt, wie vor ihrer Volksfrontvergangenheit, indem sie anderen vorwirft, was sie an sich selbst zu richten hätte.

Die Kohl-Bergner-CDU in Sachsen-Anhalt wird begreifen müssen: Wenn die Mehrzahl der Wähler und auch die Mehrzahl der Wahlberechtigten sie nicht an der Regierung sehen wollen, dann ist es die Aufgabe der anderen Demokratien, diesem Wählerwillen zu entsprechen. Wie sonst soll man Wahlberechtigten und Wähler vom Funktionieren der Demokratie überzeugen? (-/30. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Bodenschutzkonzept überfällig**

**Der Bundesumweltminister ist auch beim Bodenschutz gescheitert**

**Von Dr. Axel Wernitz MdB und  
Michael Müller MdB**

**Umwittpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung warnt zu Recht vor der weltweiten Zunahme der Bodenzerstörung. Auch die Vereinten Nationen kamen in Studien zu dem Ergebnis, daß für die nächsten 40 Jahre weltweit eine Fläche in der Größenordnung des afrikanischen Kontinents von Wüstenbildung, Erosion und Bodenzerstörung gefährdet ist. Dies hätte sowohl für die Ernährung der Menschen wie für die Artenvielfalt der Erde dramatische Konsequenzen, weil die natürlichen Grundlagen für Vielfalt und Menge verloren gehen.

Dies ist heute längst keine Gefahr mehr nur für ferne Länder. Selbst in Südeuropa entstehen neue Sandwüsten. Dies wiederum beschleunigt die Veränderungen in den komplexen Systemen von Landwirtschaft, Klimasystem und ökologischen Ausgleichsräumen, die untrennbar mit der Bodenqualität verbunden sind. Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD den Bericht des wissenschaftlichen Beirats, um ein vergessenes Thema stärker ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Auch in der Bundesrepublik ist ein Bodenschutzkonzept überfällig.

Die Erklärung aus dem Hause Töpfer, daß sich das Bodenschutzkonzept der Bundesregierung in der regierungsamtlichen Abstimmung befindet, ist allerdings dreist. Der von vielen gar nicht mehr bekannte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat ein solches Konzept bereits 1983 angekündigt. Seitdem wurde verschoben, geändert und letztlich ist es bei folgenlosen Ankündigungen geblieben. Auf Nachfrage wurde erst vor kurzer Zeit von der Bundesregierung erklärt, daß - genauso wie die Novellierung des Naturschutzgesetzes - mit einem Bodenschutzgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu rechnen sei. Der Bundesumweltminister ist auch bei diesem Vorhaben an der Lobby in anderen Ministerien gescheitert.

Die SPD will ein Bodenschutzgesetz. Das ist überfällig. Es muß gegenüber den Hauptnutzern wie Landwirtschaft, Verkehrssystemen, Siedlungen, Industrie klare Prioritäten setzen. Insgesamt darf die Versiegelung und Verbauung der Böden nicht vergrößert werden, statt dessen sind Rekultivierungen, Rückgewinnungen und Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Und ein solches Gesetz muß auch zu klaren Regelungen beim Schutz landwirtschaftlich genutzter Böden kommen, denn ohne eine stärkere ökologische Ausrichtung in diesem Bereich sind die großen Umweltprobleme von der Sicherung des Grundwassers über den Schutz von Nord- und Ostsee bis zum Erhalt der Arten nicht zu lösen.

(-/30. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*